

Das Bistum soll bleiben, wie es ist

KANTON sda. Die Schwyzer Regierung ist gegen die Abspaltung Zürichs aus dem Bistum Chur und gegen die Schaffung eines neuen Bistums Urschweiz. Sie fürchtet, dass eine Abspaltung Zürichs das Gleichgewicht im Bistum stören könnte und dass ein Bistum Urschweiz zu klein wäre. Der Churer Bischof Vitus Huonder hatte im März eine Umfrage gestartet zur möglichen Schaffung zweier neuer Bistümer Zürich und Urschweiz. Die Schaffung eines Bistums Zürich wurde 2012 im Kanton Zürich neu aufgeleitet.

Furcht vor Schlechterstellung

Der Regierungsrat fürchtet zudem, dass der Kanton in einem neuen Bistum schlechter gestellt sein könnte als heute. Er wolle die ihm seit langer Zeit zustehenden, völkerrechtlich verbrieften Rechte nicht zugunsten eines neu zu gründenden Bistums aufgeben.

Bedenken hat die Regierung gemäss Mitteilung auch gegenüber einer Abspaltung Zürichs. Eine isolierte Abtrennung von Zürich könnte das Gleichgewicht im Bistum stören. Es gebe somit gute Gründe für eine Beibehaltung des Bistums Chur in seinen bisherigen Grenzen. Die bald 200 Jahre alte Bindung an den Churer Bischofssitz solle nicht aufgegeben werden.

Fahrende in Schwyz erwartet

KANTON Am 29. April startet in Luzern die Luga. Auf einem Luga-Parkplatz halten sich Fahrende auf. Sie müssen dort weg und kommen auch in den Kanton Schwyz.

ERHARD GICK

Es sollen über 60 Jenische sein, die in Kriens auf einem Grundstück an der Ringstrasse mit rund 40 Wohnwagen samt zugehörigen Autos Station machen. Weil am 29. April die Luga beginnt und der Platz Bestandteil der Messe ist, müssen die Fahrenden den Platz verlassen. «Ich erwarte, dass einige Familien auch in den Kanton Schwyz fahren



«Wir haben auch bei Privaten nach Standorten gesucht.»

KURT ZIBUNG,
REGIERUNGSRAT

Im Zingel in Seewen haben sich Jenische schon oft niedergelassen. Im Kanton Schwyz werden wieder Fahrende erwartet.

Archivbild
Christoph Clavadetscher



zeuge überhaupt einen Platz finden. Also ich sehe das nicht, dass wir im Kanton Schwyz so viel Platz haben.» Mike Gerzner ist unzufrieden und kritisiert den Kanton Schwyz. «Im Kanton Schwyz hat es gar keine Plätze, und man will für uns gar keine Plätze schaffen», sagt Gerzner. «Für Schrebergärten oder sonst irgendetwas hat es immer Platz, aber für die Jenischen hat es keinen. Das ist schon etwas komisch.»

In den letzten Monaten habe man im ganzen Kanton intensiv nach Plätzen gesucht, bei verschiedenen Gemeinden. «Wir haben Gespräche geführt. Aber auch bei Privaten haben wir nach Standorten gesucht. Wir haben aber keine konkreten grossen Plätze gefunden. Es wären allerdings einige private Landbesitzer bereit, für eine gewisse Zeitspanne etwas anzubieten, dies aber in einem sehr beschränkten und kleineren

Rahmen», sagt Regierungsrat Kurt Zibung weiter. Die einzige konkrete Situation, die sich momentan ergeben würde, wäre auf Parkplätzen von Bergbahnen, aber die sind jetzt in Betrieb, und da bahnt sich um diese Jahreszeit keine Lösung an.

Gemeinden und Polizei dagegen

Bei Privaten Land zu mieten, sei nicht ganz einfach, sagt Mike Gerzner von der Bewegung der Schweizer Reisenden. «Wir haben selbst schon bei Privaten Land gemietet. Wir konnten auch Landbesitzer als Referenz angeben, dass wir das Land wieder sauber verlassen haben. Aber das funktioniert nicht. Da schickt uns die zuständige Gemeinde die Polizei vorbei, mit der Aufforderung, das Land zu verlassen, obwohl wir mit dem Bauer einen Mietvertrag abgeschlossen haben», sagt Gerzner.

Der Mangel an Stand- und Durchgangsplätzen für Fahrende ist ein altes Problem. 1998 wurden Fahrende vom Bund als Minderheit anerkannt, 2003 anerkannte das Bundesgericht ihr Recht auf angemessene Standplätze. Dieses Recht stünde ihnen auch im Kanton Schwyz zu. Jetzt will man sich im Kanton Schwyz Gehör verschaffen. Diesen Herbst oder spätestens im kommenden Frühjahr wollen die Jenischen, viel mit Schwyzer Bürgerrecht, für ihr Anliegen demonstrieren und so auf ihre Bedürfnisse aufmerksam machen.

Gemäss Mike Gerzner wolle man nicht irgendwo im Niemandsland abgestellt werden. Für seine von ihm vertretenen Familien kämen Standorte in Küssnacht, Schwyz, Einsiedeln, Siebnen oder Galgenen infrage. «Das wären für uns ideale Standorte im Kanton Schwyz.»



Neben dem Feuerwehrlokal in Brunnen wird ein Asylheim gebaut.
Visualisierung BSS Architekten

Asylheim kann gebaut werden

INGENBOHL cc. Das Brunner Asylheim hat eine weitere Hürde genommen. Nachdem der Souverän Ende Februar dem Verpflichtungskredit in der Höhe von 3,06 Mio. Franken zugestimmt hat, ist nun auch das Baubewilligungsverfahren ganz nach dem Gusto des Gemeinderates verlaufen: Am Donnerstag ist die Frist abgelaufen, bis gestern Abend sind auf der Gemeindkanzlei keine Einsprachen eingegangen. «Wir sind selbstverständlich sehr zufrieden», kommentierte Gemeindepäsident Albert Auf der Maur den Projekt-Zwischenstand auf Anfrage. Dies bestätige auch, dass es sich um ein gut durchdachtes Projekt handle.

Baubeginn im Sommer

Der Zeitplan kann somit eingehalten werden. «Nun machen wir uns sofort an die Umsetzung», sagte Auf der Maur. Am Montag wird der Gemeinderat eine Subkommission unter der Leitung von Gemeinderat Ivan Geisser einsetzen. Dann werden sofort die zu vergebenden Bauarbeiten ausgeschrieben. Im Sommer soll mit dem Bau begonnen und dann im März 2017 die ersten Wohnungen bezogen werden.

Die Gemeinde hat alle Nachbarn nochmals über den Bau und die flankierenden Massnahmen informiert. «Es hat eine konstruktive Diskussion stattgefunden, wir konnten die Bedenken der Anwohner aufnehmen», sagt Auf der Maur. Diese beziehen sich in erster Linie auf Sicherheitsfragen. «Da haben wir schon proaktiv Massnahmen eingeleitet», so Auf der Maur. Seit drei Monaten kontrolliert ein privater Sicherheitsdienst alle Asylunterkünfte im Dorf – später dann auch das neue Heim. Zudem müssen gemäss Auf der Maur alle «Brunner» Asylbewerber eine Hausordnung in ihrer Sprache unterzeichnen, damit sie sicher wissen, welche Regeln gelten.

Alterszentrum kostet weniger als 58 Millionen



Das neue Alterszentrum der Gemeinde Schwyz im Rubiswil ist fast fertig gebaut. Diesen Herbst ist Eröffnung. Jetzt stellt sich heraus, dass nicht das ganze Kostendach ausgeschöpft werden muss.

Bild Erhard Gick

SCHWYZ Der Bau des Alterszentrums im Rubiswil dürfte günstiger ausfallen als budgetiert. Die 58 Millionen werden unterschritten.

ERHARD GICK

Der Souverän hat es an der Gemeindeversammlung vom Mittwochabend im MythenForum kommentarlos zur Kenntnis genommen. Trotzdem war das Votum von Gemeindegäbmeister Peppino Beffa speziell. «Das Alterszentrum im Rubiswil wird deutlich unter den

budgetierten 58 Millionen Franken des vom Souverän bewilligten Baukredits abschliessen.» Zwar sagt Beffa auf Anfrage, dass im derzeitigen Stand der Bauphase noch viele offene Rechnungen vorhanden seien. «Wir haben aber den Vergleich mit den Kostenvoranschlägen, Offerten und Vergaben, und deshalb kann ich heute sagen, dass in allen Bereichen noch etwas Reserve vorhanden ist, sodass wir sicher nicht die ganze Summe beanspruchen werden.»

Ergebnis absehbar

«Eine genaue Abrechnung wird von der zuständigen Baukommission erst nach dem Abbruch des alten Gebäudes erstellt», sagt Peppino Beffa weiter. Der Stimmbürger habe insgesamt 59 Millio-

nen bewilligt. «Im Prinzip sind es für den Neubau 53 Millionen plus 5 Millionen als Reserve, was etwa den üblichen zehn Prozent entspricht. Diese Reserve gibt uns jetzt den finanziellen Spielraum, den wir nicht komplett beanspruchen.» Im Laufe der Bauphase habe man auch eine genauere finanzielle Planung erstellen können. Jetzt erweise sich, dass man Kosten eingespart habe.

Eigenständige Gesellschaft

Die Gemeinde Schwyz darf mit rund 9,5 Millionen Franken Subventionen für den Bau des Alterszentrums rechnen. Trotzdem verbleibt eine ansehnliche Summe, welche die Gemeinde verzinsen und amortisieren muss. Bei einer

Auslastung von 95 Prozent sollte das aber möglich sein. «Wir werden die Tarife sicher etwas anheben müssen», stellt Peppino Beffa klar, dies aber sicher im ortsüblichen Rahmen. Der Gemeinderat habe den Gebührenentscheid noch nicht gefällt.

Jetzt stellt sich die Frage, ob auch Schwyz wie andere Gemeinden das Alterszentrum in eine Aktiengesellschaft überführen wird, um günstigere Abschreibungssätze zu ermöglichen. «Die Verselbstständigung des Alterszentrums will der Gemeinderat prüfen, das haben wir seinerzeit in der Botschaft zum Projekt bereits bekannt gegeben», sagt Beffa. Dieses Projekt der Verselbstständigung wird dem Souverän zur Abstimmung vorgelegt.